



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/06/2014
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 25.11.2014
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Salafisten-Szene in Hagen
Bericht der Verwaltung
4. . Sachstand Flüchtlingskinder in Hagen
5. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
6. . Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung
Vorlage: 1099/2014
7. . Anbau an der Grundschule Kuhlerkamp zur Unterbringung einer Kindertages-
einrichtung
Vorlage: 0831/2014
8. . Umbau des Pavillons an der Grundschule Kückelhausen in eine eingruppige
Kindertageseinrichtung
Vorlage: 1193/2014
9. . Bericht zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen" 2014
Zweite Lesung
Vorlage: 0981/2014
10. . Jugendförderplan 2015-2020
Vorlage: 1052/2014
11. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Herr Reinke begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder und stellt fest, dass es bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt.

Anschließend verpflichtet er Frau Brigitte Scholz, die als neues Mitglied des Jugendhilfeausschusses die Bundesagentur für Arbeit als beratendes Mitglied vertritt.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach berichtet, dass man nach erfolgtem Interessenbekundungsverfahren zum Programm „Jugend stärken im Quartier“ die Rückmeldung erhalten habe, dass die Stadt Hagen zum Antragsverfahren zugelassen sei.

Leider gehöre man nicht zu den begünstigten Städten, die aufgrund einer erhöhten Quote von Zuwanderern aus Südosteuropa einen 30 %igen Zuschlag bekommen könnte.

Anschließend verabschiedet er Herrn Dr. Brauers, der viele Jahre im Fachbereich als Abteilungsleiter tätig war und zum Anfang des kommenden Jahres zum Fachbereich des Oberbürgermeisters wechselt. Er bedankt sich für die wertvolle Arbeit, die er geleistet habe. Man werde diese fachliche Unterstützung vermissen.

Frau Kaufmann und Herr Reinke ergänzen die Ausführungen von Herrn Goldbach und schließen sich dem Dank an.

Frau Kaufmann weist auf eine Veranstaltung der Aids-Hilfe Hagen hin, die man in der letzten Sitzung ohne Ortsangabe angekündigt habe. Diese finde am 26.11.2014 um 18.00 Uhr in den Räumlichkeiten in der Körnerstraße 82 statt.

Herr Fischer weist auf den neuen Kindertafelkalender hin, den er ausgelegt habe. Diejenigen, die die Kindertafel unterstützten wollten, könnten 5 € für den Kalender spenden.

Herr Reinke möchte auch noch auf zwei Veranstaltungen hinweisen, die am 28. November um 11.00 Uhr stattfinden. Dies sei zum einen die offizielle Eröffnung des AWO-Kindergartens Hasselbach. Daneben finde zeitgleich in der Lobby des Rathauses eine Aktion von Terres des Hommes statt.



3. **Salafisten-Szene in Hagen** **Bericht der Verwaltung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Bubolz und Herr Stascheit von der Polizei Hagen berichten über die Salafisten-Szene in Hagen.

Frau Keller ergänzt die Ausführungen im Hinblick auf die Rolle des Kommunalen Integrationszentrums.

Herr Söhnchen fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass es in Hagen keine Salafisten-Szene gebe. Um wie viele Leute gehe es denn, die in Hagen beobachtet würden?

Herr Stascheit erklärt, dass es Bestreben der Polizei sei, genaue zahlenmäßige Einordnungen nicht öffentlich zu machen. Man könne aber an dieser Stelle sagen, dass man über einen kleinen einstelligen Personenkreis rede.

Herr Reinke bedankt sich bei den Vertretern der Polizei für ihren Vortrag.

4. **Sachstand Flüchtlingskinder in Hagen**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack und Frau Osbahr berichten über Flüchtlingskinder in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 4**).

Frau Cramer nimmt Bezug auf eine Frage, die auch im Schulausschuss thematisiert worden sei. Seien die Kinder, die die Starterklassen besuchten, mit Fahrkarten versorgt? Bekämen die Eltern auch Fahrkarten, damit sie ihre Kinder begleiten könnten? Wie sei der Weg zur Schule geregelt?

Frau Kaufmann antwortet, dass die Eltern keine Fahrkarte bekämen. Das müsse anders geregelt werden. Grundsätzlich bemühe man sich um eine wohnortnahe Versorgung. Eltern müssten allerdings Wege in Kauf nehmen. Hier sei ein guter Ansatz für ehrenamtliche Unterstützung.

Sie berichtet außerdem, dass sie am heutigen Tag ein Gespräch mit der Bezirksregierung Arnsberg geführt habe, in dem es unter anderem um die Besetzung der Stelle im Kommunalen Integrationszentrum gegangen sei. Die Ausschreibung laufe in Kürze ab und es lägen Bewerbungen für die Stelle vor, so dass man hoffe, die Stelle bald besetzen zu können.



Frau Buchholz begrüßt es, die Kinder in den Regeleinrichtungen zu integrieren. Ihr stelle sich die Frage, wie das in den Kindertageseinrichtungen organisiert werde. Gebe es ein Betreuungskonzept? Wie sehe die Finanzierung aus?

Herr Goldbach macht deutlich, dass auch hier bis heute die Regeln des Landes uneingeschränkt gelten würden. Die Meldung müsse bis zum 01. März vorliegen. Alles, was bis dahin nicht angemeldet sei, werde auch nicht finanziert. Man werde speziell dieses Problem in Richtung Landesjugendamt transportieren. Eine Flexibilisierung wäre dringend notwendig.

Frau Kaufmann beschreibt die traurige Situation, in der die Familien sich befänden. Die Kinder hätten keinerlei Außenkontakt. Es gebe da dringenden Handlungsbedarf. Auf die Frage nach einer Finanzierung bei dieser Betreuungspflege habe es bei der Bezirksregierung leider keine Antwort gegeben. Es werde sich nichts an der grundsätzlichen Finanzierungsquote des Landes ändern und man müsse das aus eigener Kraft stemmen. Man sei dankbar dafür, dass es die Möglichkeit gebe, die Stellen über Spenden zu finanzieren.

Herr Lohmann bedankt sich für die Ausführungen von Frau Haack und Frau Osbahr. Das sei eine beeindruckende Leistung. Man habe ja 40 freie Plätze im U-3-Bereich. Für ihn stelle sich die Frage, warum die Kinder nicht in die Einrichtungen geschickt würden. Da die Eltern aus ganz verschiedenen Kulturkreisen kämen, sei es für sie nicht selbstverständlich, ihre Kinder in eine Kindertagesstätte zu schicken. Wie könne man das erreichen und wie bände man die Eltern in den Prozess ein?

Frau Haack merkt an, dass das im Vorfeld nicht als Problem erkannt worden sei. Es sei ganz wichtig, mit dem Kommunalen Integrationszentrum und der Zuwanderungsberatung zusammenzuarbeiten. Eine Beratung durch andere Familien sei da ein wichtiges Instrument.

Herr Koslowski nimmt Bezug auf eine Meldung in den Medien, nach der die Landesregierung Geld für 300 Lehrer- und andere Stellen investieren wolle. Wisse man bereits, ob Hagen auch davon profitiere?

Frau Kaufmann antwortet, dass es noch keine konkreten Angaben dazu gebe. Sie hoffe natürlich, dass Hagen auch bedacht würde.

Herr Goldbach macht deutlich, dass die finanzielle Hauptlast auch weiterhin bei der Stadt liegen werde. Er beschreibt die personelle Situation in den Schulen in Hagen.

Herr Reinke bittet, die Begrifflichkeiten „soziale Betreuung von Flüchtlingskindern“ und die „Betreuung der Kinder in Kindertageseinrichtungen“ voneinander zu trennen. Das seien zwei verschiedene Dinge.

Er weist darauf hin, dass am kommenden Montag der Runde Tisch zu dem Thema „Flüchtlinge“ tagen werde. Er hoffe, dass man von dort zu einer breiteren Hilfebasis kommen werde.



5. Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man in der ersten Sitzung 2015 zu dem Thema „Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen“ einen Vorschlag unterbreiten werde. Außerdem werde eine Modifizierung der Elternbeitragsatzung vorgeschlagen.

Frau Haack berichtet über den Stand der Baumaßnahmen bei den Kindertageseinrichtungen.

Herr Hannusch ergänzt die Ausführungen in Bezug auf die personelle Besetzung der Einrichtungen.

Frau Haack und Herr Hannusch beantworten Fragen von Herrn Reinke zu einzelnen Maßnahmen.

6. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung Vorlage: 1099/2014

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage.

Eine Diskussion findet nicht statt.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen beschließt die Platzkontingente für die Belegung des Kindergartenjahres 2015/2016.
2. Zur Umsetzung der Maßnahmen wird den Zuschüssen zur Finanzierung der Eigenanteile der freien Träger wie dargestellt zugestimmt.
3. Die Planung wird zum 01.08.2015 umgesetzt.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

**7. . Anbau an der Grundschule Kuhlerkamp zur Unterbringung einer Kindertageseinrichtung
Vorlage: 0831/2014**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke berichtet, dass es in dieser Angelegenheit einen längeren Diskussionsprozess gegeben habe. Mit diesem Lösungsvorschlag in der Vorlage werde der Prozess nun beendet und dann umgesetzt.

Er stellt fest, dass es keine Fragen zu der Vorlage gibt und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Hagen stimmt dem Anbau an der Grundschule Kuhlerkamp zu.
2. Die Maßnahme wird zum Kindergartenjahr 2016/2017 umgesetzt.



Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

**8. Umbau des Pavillons an der Grundschule Kückelhausen in eine eingruppige Kindertageseinrichtung
Vorlage: 1193/2014**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kaufmann sagt ein paar einleitende Sätze zu der geplanten Maßnahme. Diese Maßnahme biete andere Formen, die Zusammenarbeit mit den Eltern in die Wege zu leiten.

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen von Frau Kaufmann.

Herr Lohmann lobt die geplante Maßnahme.

Frau Kaufmann beschreibt die Perspektiven, die sich aus dem Umbau des Pavillons ergeben sollen.

Frau Buchholz fragt nach, ob ein Konzept vorhanden sei.

Herr Goldbach macht deutlich, dass das der Vorteil dieser Maßnahme sei, dass man sich im Vorfeld nicht festlegen müsse. Man erhalte sich damit einen gewissen Spielraum.

Frau Kaufmann und Frau Haack beschreiben weitere Vorteile, die sich daraus ergeben.



Herr Reinke merkt an, dass das ein gutes Beispiel dafür sei, wie intensiv die Verwaltung sich um Lösungen bemühe.

Er stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Maßnahme zur Herrichtung und Ausstattung des Pavillons an der ehemaligen Grundschule Kückelhausen wird umgesetzt.
2. Die Fertigstellung soll zum Kindergartenjahr 2015/2016 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	5		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 14
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

9. **Bericht zum Arbeitsfeld "Offene Kinder- und Jugendarbeit in Hagen" 2014**
Zweite Lesung
Vorlage: 0981/2014

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke weist darauf hin, dass es sich heute um die zweite Lesung des Berichts handele. Man habe den Bericht in der Unterausschusssitzung Jugendhilfeplanung am 29. Oktober bereits intensiv beraten. Es gebe dazu keine Beschlussempfehlung aus dem Unterausschuss.



Er habe zum Jugendförderplan einige Beschlussvorschläge formuliert. Dazu gehöre auch ein Beschlussvorschlag zum Bericht der Offenen Kinder – und Jugendarbeit 2014.

Seine Bitte an den Ausschuss laute dahingehend, die Verwaltung zu beauftragen, die Finanzübersicht im nächsten Bericht zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit 2016 zu einer „Vollkostenrechnung“ zu entwickeln.

Herr Goldbach merkt an, dass man diesen Bericht seit dem Jahr 2000 fertige. In Nordrhein-Westfalen werde man keinen derart ausführlichen Bericht finden. Er sei Mitbegründer des Wirksamkeitsdialogs in NRW gewesen. Daraus habe sich dieses Instrument der Berichterstattung entwickelt. Man habe mit den Trägern in der Arbeitsgemeinschaft verschiedene Modelle der Vergleichbarkeit von Finanzen von freien Trägern und der Stadt versucht zu entwickeln. Das sei nicht gelungen. Er beschreibe die Problematiken, die sich bei der Darstellung der Kosten ergeben. Er biete an, diese Fragestellung noch einmal mit in die Arbeitsgemeinschaft zu nehmen und dort zu diskutieren.

Frau Haack berichtet, dass man eine solch ausführliche Darstellung in diesem Jahr noch einmal versucht habe. Man sei daran gescheitert. Die Angaben seien nicht nachvollziehbar gewesen.

Herr Reinke zieht das Fazit, dass der Begriff „Vollkostenrechnung“ in dem Zusammenhang wohl nicht passend sei. Er nehme das Angebot von Herrn Goldbach gerne an, sich darüber Gedanken zu machen, wie die Gebäude- und Objektkosten dargestellt werden könnten.

Beschluss:

Der Bericht zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Hagen 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen



10. . **Jugendförderplan 2015-2020**
Vorlage: 1052/2014

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke berichtet, dass dieser Bericht zunächst im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 29. Oktober intensiv beraten worden sei. Ein Empfehlungsbeschluss an den Jugendhilfeausschuss sei auch zu diesem Bericht nicht gefasst worden.

Er habe aus verschiedenen Gesprächen heraus ein paar Punkte aufgeschrieben und am vergangenen Sonntag an die stimmberechtigten Mitglieder zur Beratung im Jugendhilfeausschuss gesandt (**siehe Anlage zu TOP 10**).

Es handele sich nicht um einen abgestimmten Änderungsantrag. Es sei auch nicht politisch in den Fraktionen beraten worden. Dafür habe die Zeit nicht gereicht. Vor der Ratssitzung werde noch Gelegenheit sein, in den Fraktionen darüber zu beraten.

Herr Goldbach erläutert die geplanten Veränderungen aus dem Jugendförderplan. Die Verabschiedung des Jugendförderplans in der Ratssitzung am 11. Dezember sei unbedingt anzustreben. Er bedankt sich bei allen Mitwirkenden für ihre intensive Arbeit an dem Plan. Man habe sich auf diese Inhalte verständigt. Es habe sich die Frage gestellt, wie man bezüglich der finanziellen Ausstattung eine Einigung herbeiführen könne. Er sei daher froh, dass man das Votum der zuständigen Arbeitsgemeinschaften bekommen habe, diese Ergebnisse mitzutragen. Auch der Stadtkämmerer trage diese finanziellen Auswirkungen des Jugendförderplans mit.

Herr Reinke schließt sich dem Dank an alle Beteiligten an. Die von ihm formulierten und hier ausgelegten Beschlussvorschläge resultierten aus geführten Gesprächen, die verschiedene Aspekte aufgezeigt hätten.

Er beschreibt die im Jugendförderplan beschriebenen Maßnahmen und begründet die dazu von ihm formulierten alternativen Vorschläge 1 bis 5.

Zu Punkt 2 führt er aus, dass Herr Goldbach festgestellt habe, dass die Finanzierung der Mobilien Jugendarbeit nicht über Projektfördermittel zu organisieren sei. Er schlage daher vor, diesen Punkt zurückzustellen. Es sei wünschenswert, die Mobile Jugendarbeit auszuweiten und man könne sich im nächsten Jahr erneut damit beschäftigen, wie man diese Ausweitung auch bei Fortführung des Jugendcafes Kabel verwirklichen könne.

Er schlägt abschließend vor, die Punkte 1 bis 5 nacheinander zu beraten.

Herr Söhnchen hält eine Abstimmung über das von Herrn Reinke übersandte Papier, das als Diskussionsgrundlage betitelt worden sei, für sehr zeitnah. Mit diesem Verfahren sei er nicht einverstanden. So wie er Herrn Goldbach verstanden habe, handele es sich bei dem vorgelegten Jugendförderplan um ein abgestimmtes Papier, das von allen Trägern mitgetragen würde. In Bezug auf den Wunsch nach höheren Mitteln für das Jugendforum Halden stellt er fest, dass ein solcher Wunsch nach



Ausweitung wahrscheinlich bei jedem Träger vorhanden sei. In Bezug auf Punkt 5 sei der Jugendhilfeausschuss seiner Meinung nach nicht berechtigt, sich in Angelegenheiten des Oberbürgermeisters einzumischen. Er formuliert die Frage an die Verwaltung, ob der Plan noch einmal im Unterausschuss beraten werden müsse.

Herr Reinke nimmt zu dem Wortbeitrag Stellung. Er begründet seinen Standpunkt, kleine Einrichtungen in gleicher Höhe zu fördern. Seinen Einsatz für das Jugendforum Halden gebe es schon von Anfang an.

Herr Goldbach äußert sich zu den genannten Punkten. Der Jugendförderplan solle Planungssicherheit geben. Die Position des Kämmerers dazu sei eindeutig. Man könne eine Aufgabe ausweiten, wenn man dafür an anderer Stelle einspare. In Prioritäten des Jugendhilfeausschusses werde der Kämmerer sich nicht einmischen. Es handele sich hier um ein sehr ausgewogenes Finanzkonzept.

Frau Buchholz erklärt, sie habe dem Protokoll des Unterausschusses entnommen, dass Frau Hamann über die Maßnahme bezüglich des Jugendcafes Kabel überrascht gewesen sei. Sie frage sich, inwieweit man da von einer Abstimmung mit den Trägern sprechen könne. Mit der Mobilen Jugendarbeit werde ja eine andere Zielgruppe erreicht als mit dem Jugendcafe. Insoweit bezweifle sie, dass der Bedarf an der Stelle nicht mehr vorhanden sei.

Frau Köppen würdigt das vorgelegte Werk. Der Plan sei ein Spiegelbild dessen, was in den Einrichtungen geleistet werde. Sie habe sich darüber gefreut zu lesen, dass die Ergebnisse einvernehmlich gefunden worden seien. Es stehe nun die Frage im Raum, ob es sich tatsächlich um einen Konsens handele.

Frau Hamann schildert ihre Position aus der Sicht als betroffener Träger. Man sei über die Arbeitsgemeinschaft an der gesamten Entwicklung der Handlungsfelder beteiligt gewesen. Darüber habe Einigkeit bestanden. Der zweite Teil sei der, dass die beabsichtigten Veränderungen auch finanziert werden müssten. Für sie sei dann der Vorschlag bezüglich der Schließung des Jugendcafes Kabel überraschend gewesen. Es sei daher richtig, dass das Konzept in der Arbeitsgemeinschaft I abgestimmt worden sei.

Man habe bei dem Betrieb des Jugendcafes immer auf Veränderungen reagieren müssen. Daher halte sie eine Zerschlagung der Infrastruktur an dieser Stelle für schwierig. Sie würde davon abraten. Als Träger sei ihr der Erhalt des Standortes im Moment wichtiger als der Ausbau der Mobilen Jugendarbeit.

Da die Zielgruppe im Moment durch Zuwanderung geprägt sei, müsse man prüfen, ob eine Weiterführung der Arbeit aus anderen Fördertöpfen an diesem Standort möglich sei. Eine KampfAbstimmung sei nicht in ihrem Sinne und sie vertraue darauf, dass es gelänge, den Standort zu erhalten. Sie freue sich natürlich über die Unterstützung des Vorsitzenden.

Herr Fischer ist der Meinung, dass die Verwaltung die Aufgabe habe, Vorschläge bezüglich der Finanzierung zu machen, weil sie für das gesamte Finanzkonzept die Verantwortung trage. Man müsse berücksichtigen, dass im Stadtteil an anderer Stelle vom gleichen Träger Offene Kinder- und Jugendarbeit angeboten werde. Der Träger könne in dem verbleibenden Zeitraum darauf hinwirken, dass der Anschluss ge-



länge. Er spreche im Namen der Träger, dass es schwierig sei, wenn die Planungssicherheit, die nun für alle Träger entstanden sei, wegbreche. Das sei nicht gewollt. Von daher habe man einen abgestimmten Konsens gehabt. Er fände es wichtig, dabei zu bleiben.

Herr Reinke merkt dazu an, dass es innerhalb dieses Förderrahmens möglich sei, auf Erfordernisse zu reagieren. Man habe in der Vergangenheit eine Vielzahl von Veränderungen vorgenommen. Es gehe hier nicht um eine Ausweitung der Finanzen.

Frau Burghardt ist der Meinung, dass man die Situation in Kabel durch die Zuwanderung eventuell neu bewerten müsse. Man müsse sich die Frage stellen, ob die Träger für sich entscheiden müssten, welche Schwerpunkte gesetzt würden oder ob in dieser Frage der Jugendhilfeausschuss zuständig sei. Unabhängig davon könnte sie einen Hinweis bezüglich einer möglichen Finanzierung aus Bundesmitteln geben. Das werde sie mit dem Träger besprechen.

Herr Goldbach stellt fest, dass das SGB VIII diese Frage regelt. Die Planungshoheit liege beim öffentlichen Träger, der diesem Ausschuss einen Vorschlag unterbreite. Die Träger seien zu beteiligen. Die Lösung der Problematik der Flüchtlingskinder sei nicht ausschließlich Aufgabe der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. An dieser Stelle würden die Fördermittel der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für fünf Jahre festgelegt. Er biete an, mit dem Träger ein anderes Anschlusskonzept zu suchen. Ein Kompromiss könne sein, die Suche nach einem Anschlusskonzept bis Ende 2016 zu verlängern. Ihm wäre allerdings wichtig, an der Stelle auch deutlich zu machen, dass die Mobile Jugendarbeit ausgeweitet werden solle.

Frau Kaufmann appelliert an die Ausschussmitglieder, zu einer Form des Kompromisses zu kommen und nicht dem Rat die Entscheidung zu überlassen.

Herr Reinke erklärt, dem Vorschlag folgen zu können. Es läge ihm auch daran, die Dinge hier im Ausschuss zu beraten und zu einem Konsens zu kommen.

Gemeinsam wird der geänderte Beschlussvorschlag formuliert.

Herr Reinke stellt diesen zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendförderplan wird für die Jahre 2015 - 2020 beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgeschlagenen organisatorischen und konzeptionellen Veränderungsmaßnahmen umzusetzen.

In Bezug auf das Jugendcafe Kabel ist bis spätestens Ende 2016 ein Anschlusskonzept zu entwickeln.



Die Ausweitung der mobilen Jugendarbeit verschiebt sich dementsprechend.

Der Beschluss wird entsprechend des hinterlegten Zeitplans bis zum 31.12.2020 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	2		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

11. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Frau Witt fragt nach dem aktuellen Stand des Spielplatzes Schmittwinkel in Fley.

Herr Goldbach sagt zu, die Antwort nachzuliefern.

Herr Lohmann merkt an, dass er mehrfach davon gehört habe, dass es in Nordrhein-Westfalen Kommunen gebe, in denen Eltern das Betreuungsgeld in Anspruch nähmen und gleichzeitig ihre Kinder in Kindertageseinrichtungen anmeldeten, weil es keine Schnittstellüberprüfungen gebe. Die Eltern müssten lediglich angeben, ihr Kind nicht anzumelden. Er wüsste gern, wie damit in Hagen umgegangen werde.

Herr Dr. Brauers berichtet, dass es tatsächlich ein Verbot gebe, nachzuforschen.

Herr Goldbach ergänzt, dass es einen Erlass des Ministeriums gebe, dass eine Überprüfung nicht erwünscht sei. Es solle kein Datenabgleich stattfinden.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.35 Uhr



gez. Detlef Reinke

Vorsitzender

gez. Sabine Hogrebe

Schriftführerin